

Antrag

**der Abgeordneten Ewald Aukes, Michael Kruse,
Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein, Daniel Oetzel,
Dr. Kurt Duwe (FDP) und Fraktion**

zu Drs. 21/15618

Betr.: Eine Verkehrspolitik für alle Hamburger – Fahrradinfrastruktur ausbauen und Parkraum erhalten

Das Fahrrad ist neben dem ÖPNV, Pkws und anderen Verkehrsträgern ein elementarer Bestandteil des Hamburger Stadtverkehrs, den es auszubauen gilt. Einen Ausbau erreichen wir dabei aber nicht durch Verbote und Umerziehungsmaßnahmen, sondern durch attraktive Angebote, welche Menschen motivieren, öfter aufs Rad umzusteigen und so den wachsenden Verkehr in der wachsenden Stadt entlasten.

Auch wenn ein wachsender Anteil von Radfahrern erfreulich ist, darf man nicht ignorieren, dass die Anzahl der zugelassenen Pkws in Hamburg dennoch weiter steigt, also auch der Bedarf an Parkraum für Pkws zunimmt. Ebenso werden durch Zuzug die Bevölkerungszahl und damit auch der Stellplatzbedarf in den kommenden Jahren weiter steigen. Dadurch kommt es zu Nutzungskonflikten, die durch eine unbedachte Verkehrsplanung verschärft werden.

Derzeit ist in Hamburg zu beobachten, dass durch verschiedene Maßnahmen, von der Platzumgestaltung über das Busbeschleunigungsprogramm bis hin zur Neugestaltung von Straßen, immer wieder Parkplätze ersatzlos wegfallen. Entsprechende Maßnahmen werden deshalb nicht nur als Bereicherung, sondern angesichts des eklatanten Parkraum mangels in Hamburg als Belastung empfunden. Hat man wie die Liberalen als Ziel eine Verkehrspolitik für alle und möchte nicht ein Verkehrsmittel gegen das andere stellen, muss ein entsprechender Kompromiss gefunden werden.

Um einen Ausgleich zu schaffen hat die FDP-Fraktion deshalb bereits in der Vergangenheit eine Reihe von Vorschlägen in die Hamburgische Bürgerschaft eingebracht, seien es zentrale Quartiersgaragen, die Wiedereinführung der Stellplatzpflicht bei Neubauten oder die Einrichtung von Tiefgaragen unter öffentlichen Plätzen bei deren Sanierung.

Auch jetzt besteht wieder die Gefahr, dass die Maßnahmen Parkraum vernichten könnten und eine grundsätzlich gute Maßnahme als Belastung aufgenommen wird. Das wäre dem gemeinsamen Ziel einer modernen Verkehrsinfrastruktur für alle Bedürfnisse – eine Idee, die zumindest auch vom Verkehrssenator immer wieder betont wird – nicht dienlich.

Eine Verpflichtung, dass für wegfallende Parkplätze Ersatz geschaffen wird, könnte dem entgegenwirken und einen Ausgleich zwischen den berechtigten Interessen verschiedener Verkehrsnutzer darstellen.

Die Bürgerschaft möge in der Drs. 21/15618 im Petitum folgenden Absatz ergänzen:

Bei Einrichtung der Fahrradinfrastruktur ist darauf zu achten, dass der bestehende Parkplatzmangel nicht zusätzlich verstärkt wird. Sollten Pkw-Parkplätze durch die Installation von zusätzlichen Fahrradbügeln und Luftstationen wegfallen, sind diese entsprechend 1:1 durch geeignete Alternativparkplätze in räumlicher Nähe auszugleichen.